

A N F R A G E von Anjuska Weil (FraPI, Zürich)

betreffend Uebertragung von Reinigungsarbeiten an eine Privatfirma

Die zu Beginn dieses Jahres erfolgte Uebertragung der Reinigungsarbeiten in der Zentralbibliothek an eine Privatfirma hat zur Entlassung von fünf Spetterinnen sowie zu erheblichen Lohneinbussen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für das Reinigungspersonal geführt. Profitiert von dieser als kostenneutral gepriesenen Massnahme hat einzig die Reinigungsfirma, in deren Regie die Arbeit nun ausgeführt wird.

Dem willkürlichen Entscheid vorausgegangen ist ein halbjähriges Tauziehen zwischen der Direktion und dem Personal der ZB. Während letzteres in einer von 147 Angestellten aller Hierarchiestufen unterzeichneten Petition die Rücknahme der Kündigungen der Putzfrauen forderte, hielt es die Direktion nicht einmal für nötig, das Gespräch mit dem Personal und dessen Vertretern zu führen. Auch die Fragen seitens der Presse (s. Tages-Anzeiger vom 1.2.94) blieben unbeantwortet.

Präsident der Bibliothekskommission, die zur Hälfte durch den Regierungsrat gewählt wird, ist gegenwärtig Regierungsrat Gilgen.

Ich frage daher den Regierungsrat:

1. War er über den Entscheid, die Reinigungsarbeiten in der ZB einer Privatfirma zu übertragen, orientiert? Wenn ja, wie stellte er sich zu diesem Entscheid?
Wenn nein, was hält er heute von diesem Vorgehen?
2. Ist er der Meinung, eine solche Vergabe eines Auftrages an die Privatwirtschaft, welche auf dem Buckel einer der schwächsten Gruppen des Personals ausgetragen wurde, sei rückgängig zu machen?
Wenn ja, was unternimmt er dazu?
Wenn nein, wie begründet er dies?
3. Ist der Regierungsrat bereit, überall dort, wo gleich gelagerte oder analoge Entscheide anstehen, zugunsten des Personals zu intervenieren?

Anjuska Weil